

ÜBERSICHTSAUSWERTUNG 2014



beratungsNetzwerk hessen Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Inhaltsverzeichnis

1. Beratungsanfragen auf einem konstant hohen Niveau	3
2. Die Beratungsnehmer/innen: wer wendet sich an das Beratungsnetzwerk?	5
Rechtsextremismus – kein reines Jugendphänomen	5
3. Die Beratungsanlässe: warum wenden sich Menschen ans Beratungsnetzwerk?	6
Von Stolpersteinen bis KAGIDA.....	7
Erstmals seit 2014: Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen	10
4. Mehr Wissen und handlungsfähig werden: was Beratungsnehmer brauchen	11
5. Evaluation der Beratungsprozesse	12

Der Hitlergruß auf Schulhof und Campus. Ein Grundschüler, der die Hakenkreuzfahne malt. Eine junge Frau, die entdeckt, dass der neue Freund ihrer kleinen Schwester sich auf Facebook rassistisch und antisemitisch äußert und Fotos von Auschwitz mit zynischen Kommentaren postet. Eine junge Frau mit Springerstiefel und „88“ auf der Kleidung absolviert ihr Freiwilliges Soziales Jahr im Altenheim, da es da Menschen gebe, die noch die „guten alten Zeiten“ kennen würden. Eine Frau wird auf dem Hessentag von einem Mann als „Antifaschlampe“ beschimpft und ge-

vergangenen Jahr tätig wurde. Das **beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus** (bNwh) bietet seit 2007 professionelle und kostenlose Beratung für Personen, die von Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus betroffen sind. Bis Ende 2014 waren die Beraterinnen und Berater hessenweit 351 Mal im Einsatz, um Menschen zu beraten und zu unterstützen. Die Anlässe sind vielfältig. Ihren Ausgang nimmt eine Beratung immer mit Einzelpersonen oder Institutionen, die sich an das Netzwerk wenden, da sie auf verschiedenste Weise mit Rechtsextremismus, Fremden-

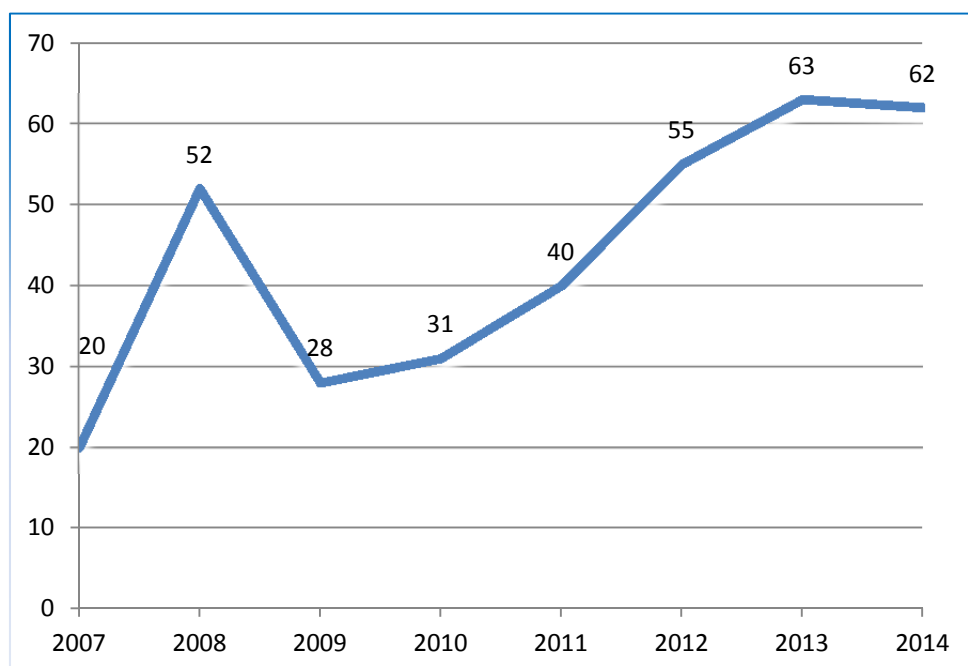


Abb.1: Beratungsfälle im Jahresverlauf

schlagen, den sie zuvor fotografiert hat.

Ein afrodeutscher junger Mann wird auf einer Kirmes von Mitgliedern einer Kameradschaft zusammengeschlagen. Ein Wohnungseigentümer nimmt sein Vermietungsangebot für Flüchtlinge an die Kommune zurück, nachdem er durch Nachbarn eingeschüchtert wurde.

Dieser kurze Einblick umreißt das Feld, in dem das beratungsNetzwerk hessen im

feindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus oder anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind. Sie alle suchen Rat und Unterstützung, um mit der jeweiligen Situation umgehen zu können. In diesem Anliegen werden sie durch die Berater/-innen des Netzwerks unterstützend beraten und begleitet. Ein Beratungsprozess kann unterschiedlich lange dauern. Die anonymisierte Dokumentation aller Beratungsprozesse ermöglicht es, eine Zusammenschau der Vorkommnisse und Bedarfe in der Beratung gegen Rechtsextremismus zu erstellen und nach wissenschaftlichen Kriterien auszuwerten.

1. Beratungsanfragen auf einem konstant hohen Niveau

Insgesamt 62 Personen haben sich im vergangenen Jahr an das Netzwerk gewandt. Damit hat das Netzwerk seit 2009 einen kontinuierlichen Anstieg an Beratungsprozessen verzeichnen können. Die Anfragen sind auch 2014 konstant hoch geblieben. Beratungsprozesse dauern unterschiedlich lange. Manchmal können bereits in einem Telefonat Handlungsmög-

Ein Blick auf die **Hessenkarte** zeigt, dass das Angebot grundsätzlich in ganz Hessen wahrgenommen wird: sowohl in ländlichen Regionen wie auch in Städten. Die Karte zeigt zunächst nur, wo Menschen aktiv werden und sich externe Hilfe durch das Netzwerk holen. Sie bildet nicht ab, wo sich Vorfälle ereignen. Hohe Zahlen in den einzelnen Landkreisen lassen also vor

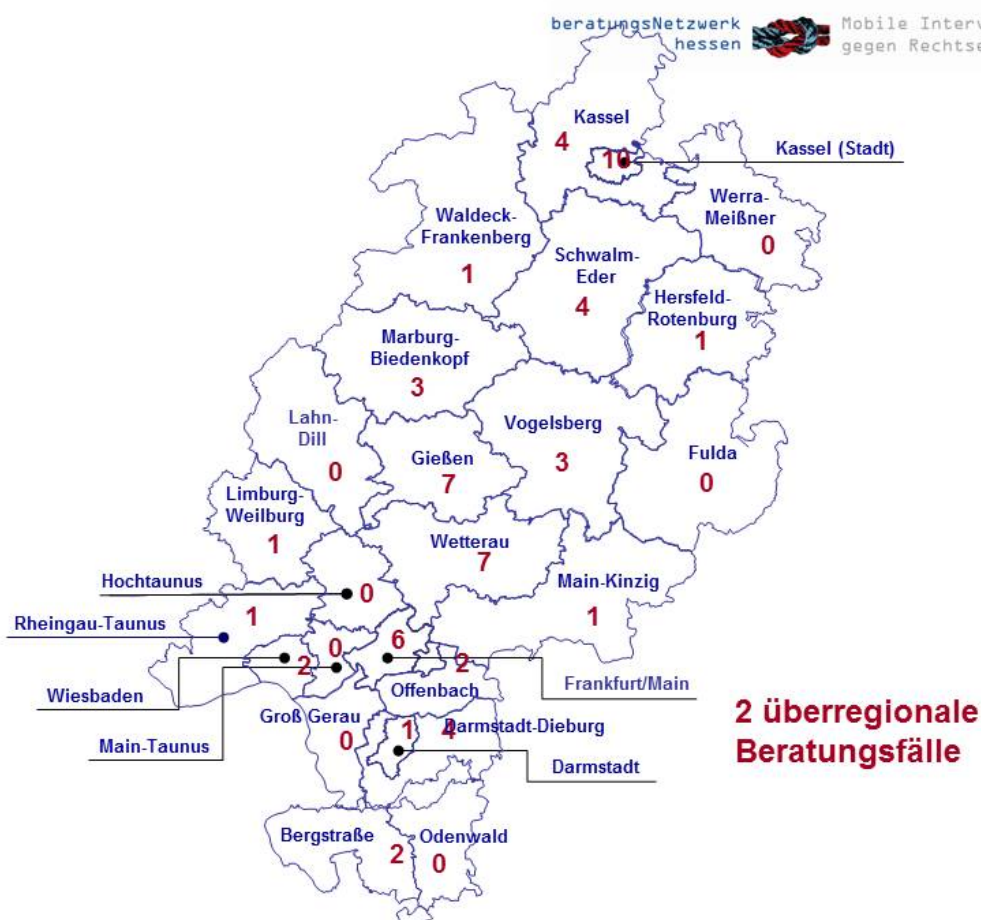


Abb.2: Beratungsanfragen pro Landkreis

lichkeiten aufgezeigt werden. Meist werden Personen jedoch über einen längeren Zeitraum durch persönliche Beratungsgespräche begleitet und in ihren Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus gestärkt. Zu den 62 neuen Beratungsfällen im vergangenen Jahr müssen noch 22 weitere Beratungsprozesse hinzugezählt werden, die bereits im Vorjahr begonnen haben und in 2014 weitergeführt wurden.

allem auf eine erhöhte Sensibilität in der Bevölkerung schließen. Folglich ist eine niedrige Fallzahl in einem Landkreis kein Indiz dafür, dass diese Region weniger betroffen wäre als andere Gegenden. So beobachten wir beispielsweise schon länger, dass das Beratungsnetzwerk vergleichsweise wenig in Osthessen angefragt wird, obwohl auch in dieser Region Anlässe gegeben wären. Eine Begrün-

derung hierfür könnte der Bekanntheitsgrad des Beratungsnetzwerks liefern: Ratsuchende wenden sich sowohl an das Demokratiezentrum, das an der Philipps-Universität in Marburg angesiedelt ist und das die Beratungsprozesse koordiniert, aber auch an die Träger der mobilen Beratungsteams.¹ Wo also Teams der mobilen Beratung regional bekannt und verankert sind, ist auch das Angebot bekannter und wird öfter nachgefragt. Osthessen scheint hier eine Lücke darzustellen. Deshalb ist seit Januar 2015 das MBT Hessen, als Regionalstelle Nord/Osthessen des bNwh damit beauftragt, diese Region zu erschließen.

nehmen, um an diesen insgesamt fünf abendlichen Treffen anwesend zu sein.

Die überregionalen Fälle sind neu initiierte Selbsthilfegruppen, in denen sich Eltern aus ganz Hessen, moderiert durch Berater/-innen, zusammenfinden: Ihre Kinder drohen in die rechte Szene einzusteigen oder sind bereits Szenemitglieder. Für Eltern ist es ein oftmals schwieriger und schambehafteter Prozess, darüber zu reden, zumal wenn sie diese Haltung nicht teilen. Hier treffen sich Eltern rechtsaffiner Kinder, die versuchen wollen, dem Kind einen Anker zu bieten und somit an kritischen Wendepunkten die Rückkehr ins „alte Leben“ zu ermöglichen. Aber auch Eltern, deren Kinder bereits wieder ausgestiegen sind, sind dabei, um aktuell betroffenen Eltern mit Rat und moralischer Unterstützung zur Seite zu stehen. Elterngruppen gibt es seit 2014 in Kassel und Wetzlar. Wie groß der Leidensdruck ist und wie dankbar Eltern für dieses Angebot sind, zeigt die weite Anreise von teilweise 120 km, die Mütter und Väter auf sich

¹ Dazu gehören die Sportjugend Hessen, die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt a.M., das MBT Hessen in Kassel, die BI Bergstraße, die DGB Jugend, die „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ und eine Team aus freiberuflichen Berater/innen.

2. Die Beratungsnehmer/innen: wer wendet sich an das Beratungsnetzwerk?

Das Beratungsangebot steht allen Personen offen. Jedoch häufen sich die Anfragen in einigen Bereichen. Im Jahr 2014 kamen die meisten Anfragen (20,63%) von Schulen.² Gleich danach kommen Anfragen von Eltern oder Familien (17,46 %). Dabei handelt es sich überwiegend um Angehörige, die befürchten oder wissen, dass ihr Kind in die rechtsextreme Szene einzusteigen droht oder bereits Mitglied in rechtsextremen Kreisen ist. Die Elternberatung ist ein Angebot, das vor allem durch das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ in den letzten Jahren aufgebaut, ausgeweitet und diversifiziert werden konnte.

Rechtsextremismus – kein reines Jugendphänomen

Die hohen Zahlen für Schule und Familie weisen darauf hin, dass insbesondere Jugendliche Anlass zur Beratung geben. Dies ist insofern nicht verwunderlich, da die Adoleszenz eine Lebensphase ist, in der Menschen nach Orientierung suchen. Es wäre allerdings falsch anzunehmen, rechtsextreme Einstellungen wären vor allem ein Jugendphänomen. Vielmehr verweisen Einstellungsstudien darauf, dass die Zustimmung zu rassistischen und ausländerfeindlichen Haltungen mit dem Alter eher zunimmt.³ Eine Beschränkung

auf Jugendliche würde daher den Fokus fälschlich verengen. Vielmehr ist Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen zu betrachten, wenngleich wir ausgehend von unseren Beratungsfällen konstatieren müssen, dass es überwiegend jugendliches Verhalten ist, das Anstoß erregt.

Eine weitere Konstante über die Jahre hinweg sind die relativ hohen Zahlen für Kommunen (11,1%) und Sportvereine und –verbände (9,5%). Ob Kommune, Sportverein oder Schule: nicht selten wird die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus gescheut, aus Angst vor einem möglichen Imageschaden. Keiner will öffentlich als „braunes“ Dorf, als „brauner“ Verein oder als „braune“ Schule da stehen. Ein restriktives, vermeidendes Vorgehen kann mitunter die Dynamik sogar verschärfen und somit auch die Folgen für die Betroffenen. Die Beratung hingegen bietet einen Rahmen, in dem mit professioneller Begleitung Handlungsoptionen ausgelotet und vorbereitet werden können. Es gilt die Perspektive zu wechseln: die Angst vor einer Stigmatisierung kann umgekehrt werden zu einer positiven Besetzung des Themas, nach dem Motto: „*Wir machen was gegen Rechts.*“ Die Berater/innen begleiten bei diesen Schritten stets mit dem Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und sich selbst im Prozess überflüssig zu machen.

² Schulen sind auch in der Gesamtbetrachtung über alle Jahre hinweg mit 25,2% Spitzenreiter. In der Gesamtauswertung 2007 – 2014 folgen den Schulen die Anfragen von Eltern, deren Kinder in die Szene einsteigen (17,2%), gefolgt von Kommunen (12,5%) und Vereinen oder Verbänden (12,2%).

³ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände 10. Berlin, S.75. Decker, Oliver; Kiess,

Johannes, Brähler, Elmar (Hrsg.) (2015): Rechtsextremismus der Mitte und Sekundärer Autoritarismus. Gießen, S. 48.

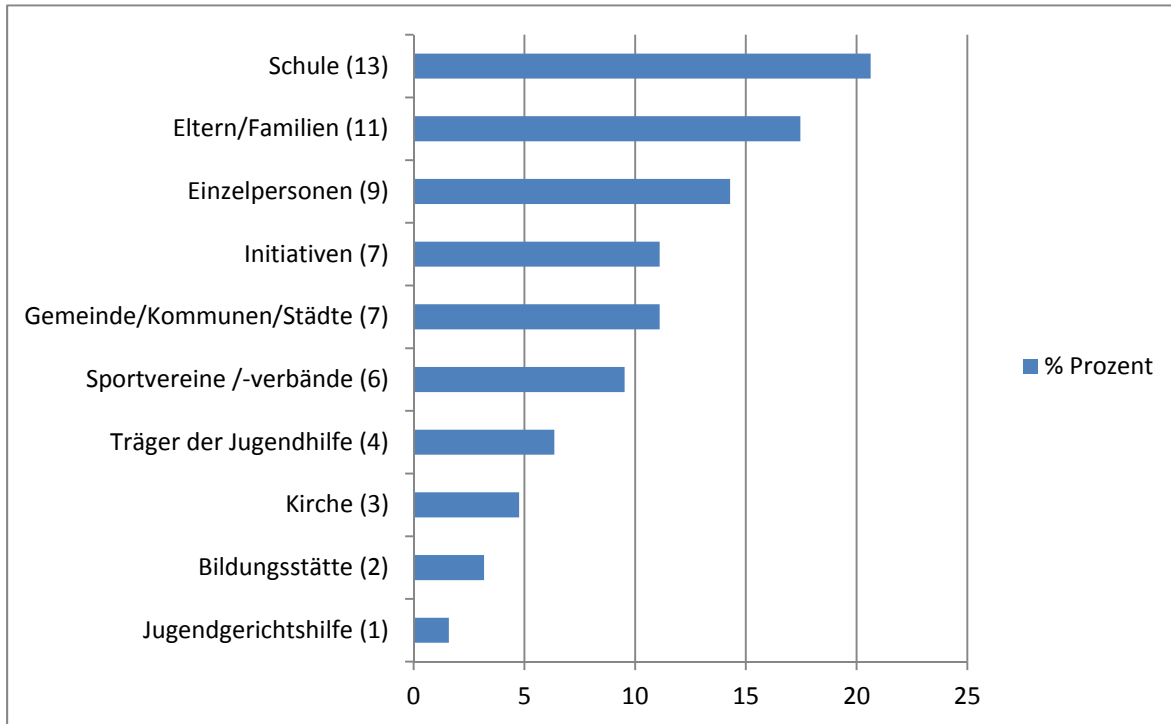


Abb.3: Beratungsnehmer/innen 2014

3. Die Beratungsanlässe: warum wenden sich Menschen ans Beratungsnetzwerk?

Rechtsextremismus äußert sich auf vielfältige Weise. Entsprechend unterscheiden sich auch die Anlässe, die zu einer Beratungsanfrage führen. Die Grafik zeigt die verschiedenen **Anlässe**, die 2014 für Personen oder Institutionen Grund waren, die Beratung durch das Netzwerk in Anspruch zu nehmen. Dabei ist zu beachten, dass häufig mehrere Anlässe gleichzeitig Grund zu einer Beratungsanfrage gaben.

2014 ist vor allem die Wahrnehmung von Gewalt mit 18% Anlass für eine Beratungsanfrage (24 Mal). Hiermit ist sowohl physische als auch verbale Gewalt gegenüber Personen gemeint, sowie Sachbeschädigungen mit einem rechtsextremistischen oder rassistischen Hintergrund. Physische Gewalt geht überwiegend, aber

nicht ausschließlich von Mitgliedern rechtsextremer Gruppierungen aus. Im vergangenen Jahr ließen sich Körperverletzungen vor allem auf Mitglieder Freier Kameradschaften zurückführen. Körperliche Gewalt ging allerdings auch von nicht-organisierten Einzelpersonen aus. So wurde eine Mutter wegen ihres scheinbaren Migrationshintergrunds von einem Nachbarn rassistisch beschimpft und bei dessen Versuch, in ihre Wohnung einzudringen, verletzt. Zur verbalen bzw. psychischen Gewalt gehören beispielsweise Drohanrufe, Denunziationen oder konkrete Einschüchterungsversuche, teilweise auch gegenüber Kindern bzw. in deren Anwesenheit gegenüber deren Eltern. Auch Sachbeschädigungen gehören dazu.

So wurden am 21. Januar 2014 wiederholt die Scheiben des Rathauses in Seeheim-Jugenheim mit Stolpersteinen⁴ eingeworfen. In dem Rathaus wurde im November 2013 die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt, bereits damals warfen Unbekannte, mutmaßlich rechtsextreme Täter entwendete Stolpersteine in die Fenster des Rathauses. Mit der Ausstellung setzte der Bürgermeister gemeinsam mit der Stadt ein Zeichen gegen anonyme antisemitische Drohbriefe,

Bis heute ist weder bekannt wer die Steine geworfen, noch wer diese und weitere Stolpersteine im Kreis Darmstadt-Dieburg gestohlen hat.

Von Stolpersteinen bis KAGIDA

Es lohnt sich, nicht nur die häufigen Anlässe unter die Lupe zu nehmen, sondern auch neu und bislang einmalige Anlässe. So waren Ende 2014 die – nach dem Dresdener Vorbild Pegida⁵ – angekündigten KAGIDA-Demonstrationen ein Grund für Bürger/innen in Kassel, sich zu infor-

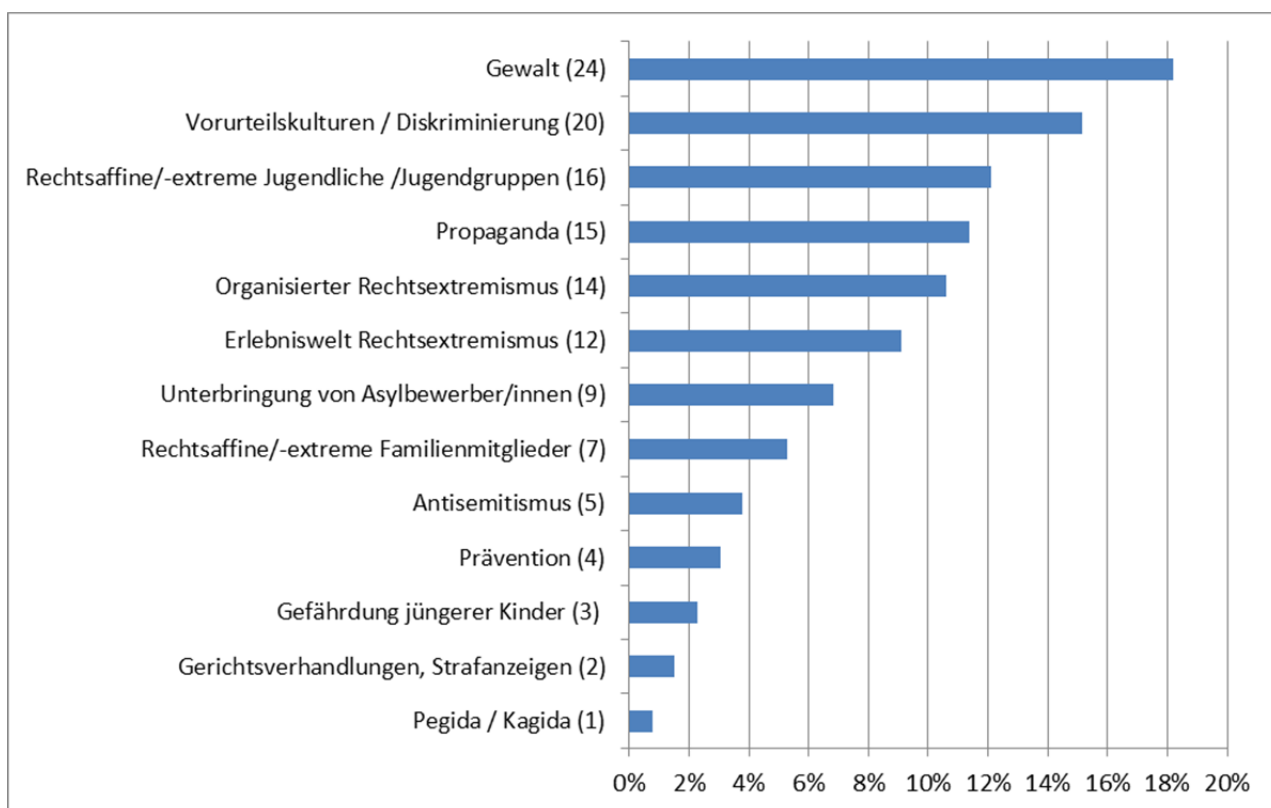


Abb.4: Beratungsanlässe 2014

die er nach einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust erhalten hatten.

⁴ Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Stolpersteine sind Gedenktafeln aus Messing, die an die Opfer der NS-Zeit erinnern, indem sie, versehen mit dem jeweiligen Namen vor dem letzten selbstgewählten Wohnort der Deportierten oder Ermordeten ins Trottoir eingelassen werden. Stolpersteine liegen an über 500 Orten Deutschlands und in mehreren Ländern Europas.

mieren, wie und ob man sich dagegen positionieren kann. Das damals noch sehr neue Phänomen Pegida (und die diversen Ableger in anderen Städten) stellen auch für die Berater/innen und das Netzwerk insgesamt eine Herausforderung neuer Qualität da. Es bedarf einer inhaltlichen Auseinandersetzung, die sowohl die öffentlich skandierten Forderungen beinhal-

⁵ Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes

tet, als auch die Motive der Menschen, die dadurch mobilisierbar sind: welche fremdenfeindlichen Ressentiments werden bedient, zu einer Zeit, da vermehrt Menschen nach Deutschland fliehen, und wie kann seitens der Beratung hierauf reagiert werden? Unter den Demonstranten sammeln sich zudem Personen aus dem rechten Milieu, wie z.B. die Bewegung „die Identitären“, sowie aus rechtsextremen Freien Kameradschaften und Parteien wie der NPD.

Interessant sind die Veränderungen in den Anlässen gegenüber dem Vorjahr. 2013 war der häufigste Grund einer Beratungsanfrage die Wahrnehmung des organisierten Rechtsextremismus mit 21,2% der Nennungen, gefolgt von rechtsaffinen Jugendlichen, die in 16,7% aller Fälle Anlass zu einer Anfrage gaben. In 14,4% aller Fälle waren physische oder auch verbale Gewalt Anlass für die Beratungssuche. Erst danach, an vierter Stelle, werden Vorurteilskulturen genannt, die den Beratungsnehmer/innen in 12 % aller Fälle Sorgen bereiten.

2014 hingegen waren Vorurteilskulturen der zweithäufigste Anlass für eine Beratungsanfrage. Was ist mit Vorurteilskulturen gemeint? Und was lässt sich aus diesem prozentualen Anstieg ableiten? Von Vorurteilskulturen sprechen wir, wenn in der Anfrage deutlich wird, dass es in dem

betroffenen System wiederholt und durch mehrere Personen zu rassistischen Äußerungen oder rassistischem Verhalten kommt. Mit System ist dabei beispielsweise eine Kommune, eine Schule oder ein Verein gemeint. Aus diesem System werden Stimmungen geschildert:

- das können sowohl rassistische Sprüche auf dem Schulhof sein, die wiederholt geäußert werden,
- das können fremdenfeindliche Wortmeldungen von Bürger/innen bei Bürgerversammlungen zu Flüchtlingsunterkünften sein, die bei einem nicht unerheblichen Anteil der Bürgerschaft Zuspruch finden,
- auf vorurteilsbelastete Stimmungen deuten in diesem Zusammenhang nicht selten auch Leserbriefe in der Lokalpresse hin, wo dann bspw. die vermeintliche Gefahr von Vergewaltigungen beschworen wird, die durch die künftigen Flüchtlinge drohe,
- das sind Vorkommnisse im Sportverein. So schildert z.B. eine Trainerin, dass die Fahrgemeinschaften zu Turnieren an den Wochenenden nicht zustande kommen, da sich Eltern weigerten, afrodeutsche Spielerinnen im Auto mitzunehmen.

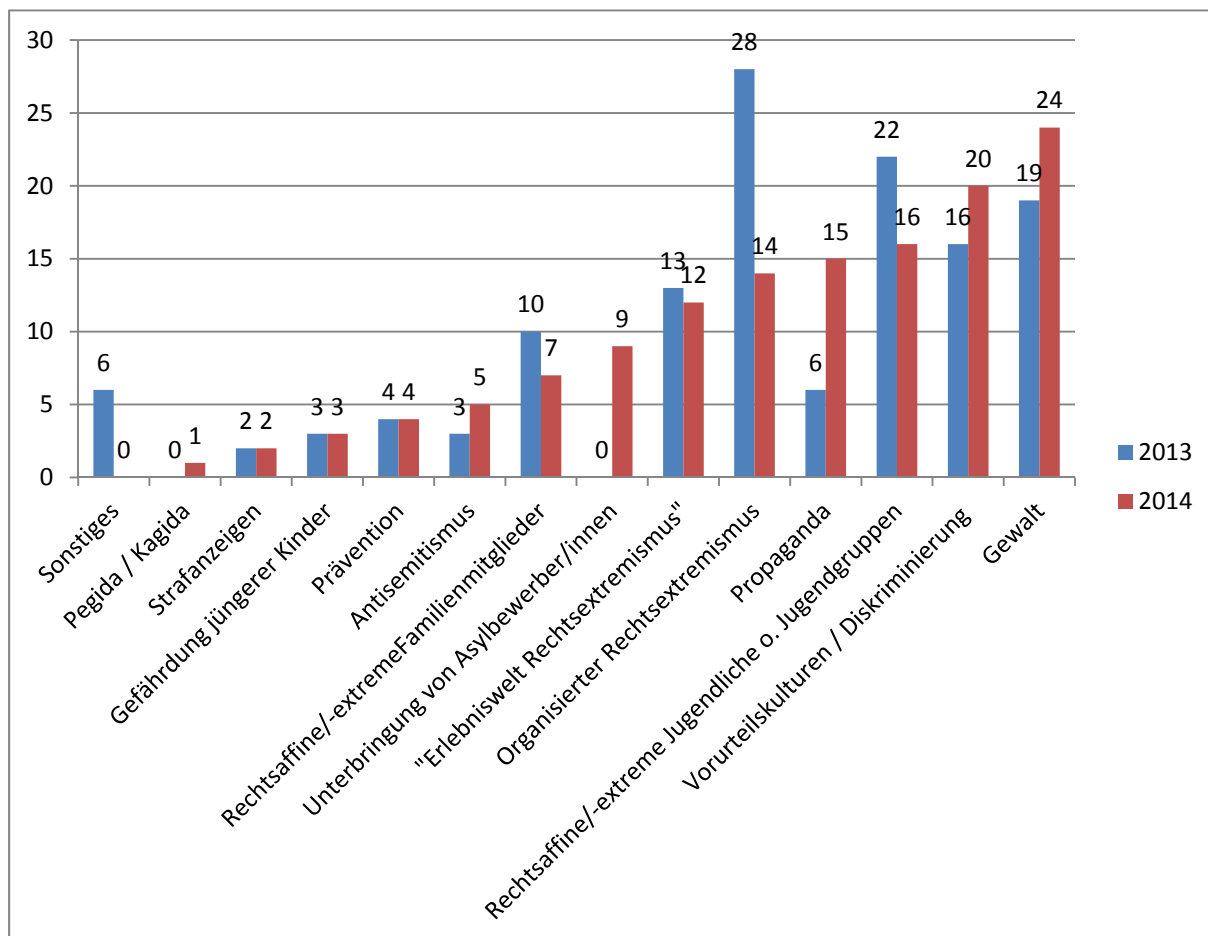


Abb.5: Beratungsanlässe im Vergleich

Wir können also feststellen, dass die Wahrnehmung und Sensibilität für einen solchen Alltagsrassismus auf der Basis der Anfragen beim Beratungsnetzwerk zugenommen hat. Unmittelbar damit zusammen hängen zwei Beratungsangebote, die wir in den Vorjahren noch nicht hatten.

Insgesamt neun Mal wurden Menschen beraten, die Opfer rechtsextremistischer, rassistischer oder antisemitischer Anfeindungen wurden. Die Anlässe sind vielfältig. So meldet sich eine Mutter, deren Sohn aufgrund seiner Hautfarbe bei einer Kirmes von Mitgliedern einer Kameradschaft zusammengeschlagen wurde. In einem anderen Fall werden zwei jüdische Mädchen von ihren Mitschüler/innen antisemitisch beschimpft und ausgegrenzt. Ein Schüler der Oberstufe berichtet, dass

er seit über einem Jahr von Mitschülern geschmäht und ausgrenzt werde, da er sich politisch links positioniere. Menschen werden aus rassistischen oder antisemitischen Motiven bedroht, weil sie jüdischen oder muslimischen Glaubens sind, weil sie nicht weiß sind oder als Migrant/innen oder als politische Gegner wahrgenommen werden. Seit 2013 sensibilisieren wir die Berater/innen für die Perspektive Betroffener in der Beratung. Mit der Sensibilisierung der Berater/innen und dem Coaching durch das Team der Bildungsstätte Anne Frank konnten wir in Ansätzen dem Bedarf einer Beratung Betroffener begegnen, denn Hessen hatte bis Ende 2014 keine eigenständige Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt. Seit 2015 ist eine Opferberatung, angesiedelt an der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt, im Aufbau, die Beratung und Begleitung landesweit anbieten wird.

Erstmals seit 2014: Beratung von Kommunen im Kontext der Aufnahme von Flüchtlingen

Seit 2014 bietet das Beratungsnetzwerk eine „pro aktive Beratung von Kommunen bei (Neu)-Aufnahme von Flüchtlingen“ an. Neun Gemeinden wurden oder werden seit Mitte 2014 von Berater/innen begleitet. Aktuell mehren sich die Anfragen aus hessischen Kommunen. Seit Anfang 2015 kamen bereits fünf weitere Beratungsfälle hinzu. Dieser Bedarf war abzusehen: 2013 stieg die Zahl der Asylsuchenden in Europa und Deutschland deutlich an⁶ und es war anzunehmen, dass ein hohes Niveau zumindest beibehalten wird. Im selben Jahr stieg laut Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Anzahl der Gewalt- und Propagandadelikte gegen Asylbewerberunterkünfte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2012:24/2013:55).⁷ 2014 flohen erneut mehr Menschen nach Deutschland, die Anzahl der Asylanträge stieg um 60%.⁸ Im selben Jahr verdreifachte sich laut Verfassungsschutzbericht die Anzahl der Angriffe auf Unterkünfte gegenüber dem Vorjahr (insgesamt 170 Delikte).⁹ Auch die Amadeu Antonio Stiftung zählt gemeinsam mit Pro Asyl Angriffe gegenüber Flüchtlingen, greift dabei jedoch auf eine andere Art der Datenerhebung zurück. Basierend

auf der Recherche von Pressemeldungen ergänzt durch Fälle, „die von lokalen Initiativen gemeldet wurden“¹⁰ kommt die Stiftung in ihrer Chronik auf 247 gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte deutschlandweit, darunter 36 Brandanschläge, sowie 81 tätliche Übergriffe auf Asylsuchende.¹¹ Im Ergebnis verweisen beide Statistiken auf ein besorgniserregendes Anwachsen der Gewalt gegenüber Flüchtlingen, das sich 2015 fortsetzt. Bereits im Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 2013 war zu sehen, dass die Hetze gegenüber Flüchtlingen von rechtsextremen Parteien und Initiativen als thematischer Schwerpunkt auserkoren wurde. Die Ausgrenzung von Asylsuchenden wird allerdings auch teilweise im sogenannten bürgerlichen Lager propagiert.¹² Um diesen Entwicklungen frühzeitig entgegenzutreten, bieten wir seit 2014 eigens für Kommunen und Initiativen eine pro aktive Beratung an, um Konflikte im Gemeinwesen zu vermeiden oder deeskalieren, um rechtsextremen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen adäquat zu begegnen und zur Schaffung einer lokalen Willkommenskultur beizutragen. Die angeführten Statistiken zu Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und die Bedrohung von Flüchtlingen sowie kommunalen Verantwortlichen ist besorgniserregend. Allerdings nehmen wir in der Beratung wahr, was auch viele Flüchtlingsorganisationen zu bestätigen wissen: jenseits der fremdenfeindlichen Angstma-

⁶ Die Quote der Erstanträge stieg 2013 gegenüber dem Vorjahr von um 70% an (2013: 109.580, 2012: 64.539). Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2013. Berlin, S. 77-78

⁷ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2013. Fakten und Tendenzen. Kurzzusammenfassung. Berlin, 2013. S.14

⁸ http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemittellungen/DE/2015/01/asylzahlen_2014.html (letzter Zugriff 23.04.2015)

⁹ Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2014. Fakten und Tendenzen. Kurzzusammenfassung. Berlin, 2013. S.9

¹⁰ <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldung/rechte-hetze-gegen-fluechtlinge-eine-chronik-der-gewalt-2014-03>

(letzter Zugriff 10.07.2015)

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus; Ev. Akademie zu Berlin, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hrsg.) (2014): Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge.

che findet sich vor Ort oftmals ein großes ehrenamtliches Engagement für die Geflüchteten. Es heißt also wachsam sein gegenüber ausgrenzenden gesellschaftlichen Entwicklungen bis hin zu Gewalt und

zugleich betonen, dass vielerorts Menschen engagiert und offen auf Flüchtlinge zu gehen, um ihnen ein Ankommen zu ermöglichen.

4. Mehr Wissen und handlungsfähig werden: was Beratungsnehmer/innen brauchen

Das Angebot des beratungsNetzwerks hessen orientiert sich am konkreten **Bedarf** des jeweiligen Beratungsnehmers oder der jeweiligen Beraterin. Ziel ist es, Menschen nachhaltig zu befähigen,

und Symbole auf der Kleidung der Schüler/-innen? Gleitet unser Kind in die rechte Szene ab? Sehr häufig werden daher in diesem Zusammenhang Informationsveranstaltungen angeboten, z.B. für pädagogische

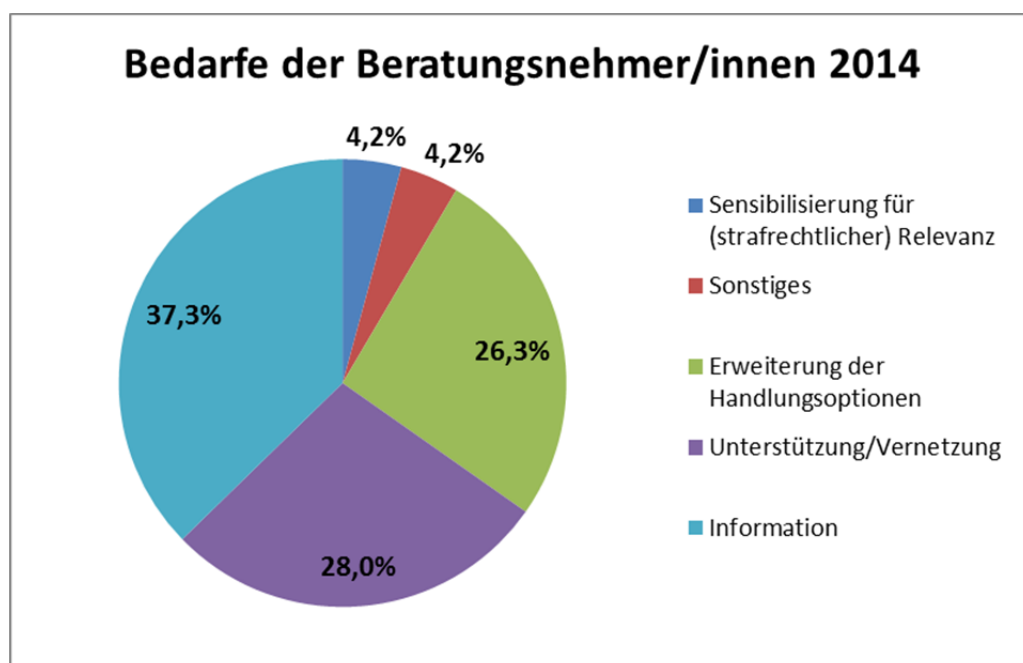


Abb.6: Beratungsbedarfe 2014

higen, Probleme vor Ort eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt bearbeiten zu können. Dazu formulieren die Beratungsnehmer/-innen unterschiedliche Bedarfe. Ein erstes Ziel vieler Beratungsnehmer/-innen ist, die Situation besser einschätzen zu können. In 37,3% der Beratungsfälle wurde daher nach spezifischen **Informationen** gefragt, die den Beratungsnehmer/-innen eine Orientierung in Bezug auf Rechtsextremismus ermöglichen soll: Wie ist die Kameradschaft vor Ort einzuschätzen? Was bedeuten die Codes

Fachkräfte, für Jugendleiter/-innen in Sportvereinen oder für Freiwillige in der Feuerwehr.

Des Weiteren möchten die Beratungsnehmer/-innen in 26,3% der Beratungsfälle ihre

Handlungskompetenzen erweitern, um (wieder) souverän handlungsfähig zu sein. Primär geht es dabei z.B. um die Fragen, wie gehe ich mit rechtsextremen oder auch rechten Jugendlichen um? Wie kann ich mich im familiären Kontext verhalten? Was kann ich gegen Vorurteile meiner Schüler/-innen machen?

Im besten Fall machen sich die Berater/innen über kurz oder lang „überflüssig“: die Ratsuchenden sind so gestärkt, dass sie der Situation selbständig begegnen können. Hilfreich sind dabei Unterstüt-

zungsstrukturen. Erfreulicherweise äußern immerhin 28% schon zu Beginn der Beratung den Wunsch nach **Vernetzung**. Dies kann bedeuten, dass Eltern Anschluss und Austausch mit anderen betroffenen Eltern suchen und eine Elterngruppe gründen, dass eine Bürgerinitiative Starthilfe in der Gründungsphase benötigt oder engagierte Lehrer/innen sich den Rückhalt für ihr Handeln durch die Schulleitung und im Kollegium sichern wollen.

Dass die häufigsten zu Beginn genannten Bedarfe – Informationen, Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten und Vernetzung – auch durch die Beratung erreicht werden, zeigt die Auswertung der Evaluationen durch die Berater/innen.

5. Evaluation der Beratungsprozesse

Beratungsprozesse werden nach Ihrem Abschluss anonym sowohl von den Beratungsnehmer/-innen, als auch aus Sicht der Berater/-innen in einem standardisierten Fragebogen bewertet. Die Evaluationen werden regelmäßig ausgewertet.¹³ Dabei zeichnet sich grundsätzlich ein sehr positives Bild über die bisher abgeschlossenen Beratungsprozesse ab.

Schnell, vor Ort, professionell, unbürokratisch: das Netzwerk wird seinem Anspruch gerecht.

Die Auswertung der Evaluationen dokumentiert in erster Linie, dass es gelungen ist, das Konzept einer offenen moderierenden Beratung zu realisieren und das beratungsNetzwerk hessen damit seinem im Leitbild formulierten Anspruch gerecht wird. Auch der Anspruch, eine mobile Beratung anzubieten, die schnell und unbürokratisch arbeitet, scheint grundsätzlich realisiert zu werden. Positiv bewertet werden auch die Informationsvermittlung und die Erweiterung persönlicher Handlungsstrategien. Als Anregung geben die Beratungsnehmer/innen dem Netzwerk mit, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, damit noch mehr Menschen von dem Angebot erfahren.

¹³ <http://bit.ly/1HxdWF5> und <http://bit.ly/1SmVLqX> (letzter Zugriff 24.03.2015)